

Familienbetriebe Land und Forst NRW unterstützen Proteste von Land- und Forstwirten anlässlich der Agrarministerkonferenz in Bad Sassendorf

Bad Sassendorf/Düsseldorf, 27. September 2018. Die Familienbetriebe Land und Forst (FABLF) NRW unterstützen die von Land- und Forstwirten angekündigten Proteste anlässlich der Agrarministerkonferenz (AMK) in Bad Sassendorf. So haben die Landes- und Bundesverbände von Land- und Forstwirten ihre Mitglieder zu Demonstrationen und Mahnwachen in Bad Sassendorf aufgerufen. Sie sehen ihre Belange von Bund und Ländern sowohl in aktuellen Belangen wie in Bezug auf die grundsätzliche Entwicklung der Agrar- und Forstpolitik nicht mehr adäquat politisch vertreten.

Die Forstwirtschaft sähe sich aktuell mit einer dramatischen Situation konfrontiert. Diese bliebe jedoch von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt und würde von der Politik nicht ausreichend beachtet, kritisiert Max von Elverfeldt, Vorsitzender der FABLF NRW. Schwere Stürme zu Jahresbeginn, die lange Dürreperiode im Sommer und der daraus resultierende Käferbefall hätten die deutschen Wälder in den vergangenen Monaten so gravierend geschädigt, dass führende Vertreter von einer Jahrhundertkatastrophe im Wald sprechen. Da der Wald u.a. als Rohstofflieferant, Natur- und Klimaschützer sowie Erholungsort zentrale Funktionen einnehme, müssten Bund und Länder wie jüngst bei den Dürre-geschädigten Landwirten den privaten Waldbauern dringend finanzielle Unterstützung leisten. „Die Politik diskutiert über 100 ha im Hambacher Forst und gleichzeitig sterben aufgrund der Dürre gerade Millionen von Bäumen. Es ist eigentlich ein Unding, dass man dafür auf die Straße gehen muss“, so der Appell von Elverfeldt an Bund und Länder. Im Hinblick auf die durch den Klimawandel zukünftig sicher eintretenden Schäden regt von Elverfeldt an, über die Einrichtung eines festen Katastrophenfonds nachzudenken, wie es ihn z. B. seit längerem schon in Österreich gibt. Damit könnte den betroffenen Land- und Forstbetrieben schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Im Bereich Landwirtschaft verweisen die FABLF NRW auf die jüngste Ablehnung des Bundesrates zur Fristverlängerung des für 2019 eintretenden Verbotes der betäubungslosen Ferkelkastration. Hier sei NRW als Mit Antragsteller und eines der führenden Bundesländer in der deutschen Schweinehaltung mit gutem Beispiel vorangegangen, so von Elverfeldt. Leider habe der Einsatz nicht zur gewünschten Fristverlängerung geführt. Dies bedürfe dringend der Korrektur durch den Bundestag und das Bundeslandwirtschaftsministerium. „Sonst kommen die Ferkel nur noch aus EU-Nachbarländern wie Dänemark oder den Niederlanden und den heimischen Anbietern, darunter viele Familienbetriebe, bricht die wirtschaftliche Grundlage weg“, bemängelt von Elverfeldt. Die Agrarministerkonferenz muss bei ihren Entscheidungen um die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik und Strategien zur Neuausrichtung der Landwirtschaft an den Klimawandel und gesellschaftlichen Forderungen vor allem im Bereich Tier- und Pflanzenschutz generell auf ausreichende Planungssicherheit achten. Unsere Bauern brauchen als Unternehmer Investitionssicherheit. „Hier darf nicht ständig eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden“, so von Elverfeldt.

Kontakt:

FABLF NRW

0211 – 860 – 4638